

Rats-Update Nr. 7

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 14. Februar 2022

Die letzte Sitzung des Duisburger Stadtrates war nahezu 3 Monate her und so hätte man erwarten können, dass die Ratsmitglieder Mitte Februar (nach den Beratungen der 16 städtischen Ausschüsse und 7 Bezirksvertretungen) eine lange Tagesordnung erwartet. Da aber nahezu alle Ausschusssitzungen in den vergangenen Monaten Corona-bedingt abgesagt wurden, war die Tagesordnung mit 64 Tagesordnungspunkten vergleichsweise übersichtlich.

So schätzten die Mitglieder der FDP-Fraktion im Vorgespräch das Ende der Sitzung auf 17:23 Uhr – was in diesem Moment natürlich nicht ganz ernst gemeint war aber am Ende tatsächlich exakt zutraf. Für den Sitzungsverlauf bedurfte es jedoch keine hellseherischen Fähigkeiten, da keine strittigen Diskussionen oder Abstimmungen zu erwarten waren.

In der Mercatorhalle bestand wieder für alle Anwesenden Maskenpflicht, diesmal auch während der Redebeiträge. Oberbürgermeister Sören Link erklärte vor Sitzungsbeginn, dass er die Redezeit grundsätzlich auf 2 Minuten begrenzen möchte und alle 13, an die Verwaltung gestellten Anfragen, erst im Nachhinein schriftlich zum Protokoll beantwortet werden sollen. So sollte die Sitzungszeit (Corona-bedingt) möglichst kurz gehalten werden. Allerdings sind das einschränkende Maßnahmen, die der OB auch schon lange vor Corona gerne durchgesetzt hatte.

Wahl eines neuen Beigeordneten

Zunächst wurde ein neuer Beigeordneter (Dezernent) für das Dezernat „Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz und Kultur“ gewählt. Matthias Karl Börger wurde vom Stadtrat zwar bereits im letzten Jahr gewählt, eine Mitbewerberin hatte jedoch geklagt, dass das damalige Auswahlverfahren nicht nach den üblichen gesetzlichen Vorschriften erfolgt sei, was ein Gericht ihr auch bestätigte. So musste das ganze Auswahlverfahren erneut durchgeführt werden.

Im Gegensatz zu 2021 wurde die Auswahl diesmal keinem Personaldienstleistungsunternehmen überlassen, sondern von einer städtischen Kommission, bestehend aus Ratsmitgliedern der verschiedenen Fraktionen, organisiert. Zuletzt wurde eine Personalbefragung durchgeführt, bei der sich Matthias Karl Börger klar gegen alle anderen Bewerber durchsetzte.

Auch im persönlichen (Zoom-)Gespräch mit der erweiterten FDP-Fraktion zeigte er sich kompetent und freundlich. Dementsprechend wurde er vom Rat einstimmig zum neuen Dezernenten gewählt. In einer kleinen Dankesrede streifte er kurz alle Themenfelder, die er zukünftig zu bearbeiten bzw. zu verantworten hat. Er versprach, sich „*mit vollen Kräften*“ einzusetzen.

Wahl einer neuen Bürgermeisterin

Danach erfolgte die Wahl einer „ehrenamtlichen Stellvertretung des Oberbürgermeisters“, was bedeutete, dass einer der 3 Bürgermeister neu gewählt werden musste. Seit 2020 wurden die 3 Ämter auf SPD, CDU und Grüne aufgeteilt. Ende des vergangenen Jahres verstarb Bürgermeister Osenger (SPD), so dass es an der SPD war, einen neuen Bewerber bzw. eine neue Bewerberin zu nominieren.

Wie den Medien zu entnehmen war, hatte die SPD-Fraktion sich schon früh für Ratsfrau Edeltraud Klabhuhn (SPD) entschieden, während der SPD-Parteivorstand Ratsherrn Udo Vohl (SPD) als Bürgermeister vorschlagen wollte. Wie der interne Streit hinter den Kulissen gelöst wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, aber in der Ratssitzung wurde Frau Klabhuhn von der SPD als einzige Bewerberin vorgeschlagen. Ratsherr Vohl fehlte an diesem Tag.

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung musste diese Wahl geheim (und ohne jede Aussprache) durchgeführt werden, was dank der guten Organisation der Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ca. 20 Minuten erledigt werden konnte. Das Ergebnis: es gab 95 abgegebene Stimmen, wovon jedoch nur 90 gültig waren. 71 Ratsmitglieder stimmten mit Ja, 19 mit Nein und 4 enthielten sich der Stimme. In einer kurzen Dankesrede erklärte die neue Bürgermeisterin, dass sie „*Bürgermeisterin für alle*“ sein- und „*herzlich und ehrlich vorangehen*“ will.

Protokoll der letzten Ratssitzung

Im nächsten Tagesordnungspunkt sollte eigentlich nur das Protokoll der letzten Ratssitzung genehmigt werden. Überraschender Weise kam es zu zahlreichen Wortmeldungen von verschiedenen Ratsmitgliedern, in denen zwar nicht das Protokoll angezweifelt wurde, jedoch die darin enthaltenen Verwaltungsantworten auf früher gestellte Anfragen der Fraktionen. Die Redner hatten Nachfragen zu den Antworten, was Oberbürgermeister Sören Link jedoch nicht zulassen wollte, da es hier nur um darum gehen sollte, ob das Protokoll korrekt geschrieben wurde, oder nicht.

Dadurch kam es zu einer grundsätzlichen Diskussion. Denn nach der Geschäftsordnung des Rates hat jede Fraktion nicht nur das Recht, eine Anfrage an die Stadtspitze bzw. an die Stadtverwaltung zu stellen, sondern es besteht auch das Recht, auf die Beantwortung hin, 2 Nachfragen zu stellen. Die Geschäftsordnung geht hier davon aus, dass eine Anfrage in derselben Sitzung durch die Verwaltung mündlich beantwortet wird und der Antragsteller hierauf 2 Nachfragen stellen darf. Wenn es jedoch keine mündlichen Antworten gibt, sondern nur schriftliche Antworten, in einem der nächsten Protokolle (wie es im Duisburger Stadtrat seit dem Amtsantritt von Sören Link üblich ist), entfällt die Möglichkeit der direkten 2 Nachfragen.

Deswegen stellten die Ratsmitglieder nun ihre Nachfragen innerhalb der Beratungen zum Protokoll. OB Link erklärte, dass er dies anders sehe und die Fraktionen bei schriftlicher Beantwortung grundsätzlich keine Gelegenheit hätten, Nachfragen zu stellen (womit er den Ratsfraktionen ein Recht, dass ihnen laut Gemeindeordnung zusteht, entzieht). Dieser Dissens konnte in der Ratssitzung nicht geklärt werden, sollte aber demnächst juristisch beleuchtet werden. Ebenso sollte definiert werden, in welchem Zeitraum Fragen beantwortet werden müssen, denn die AfD-Fraktion bemängelte z.B., dass sie immer noch auf Antworten auf ihre Fragen im April 2021 warte.

Beigeordnetenstelle ausgeschrieben

Wie man den Medien entnehmen konnte, hatte sich der Duisburger Beigeordnete Andree Haak für eine Stelle in Köln beworben, die er auch erhalten hat. Damit verliert unsere Stadt einen sehr engagierten und kompetenten Fachmann. Er wird seine neue Stelle voraussichtlich im Juni antreten. Bis dahin sollte die Stadt Duisburg einen neuen Dezernenten für den Bereich „Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung“ gefunden haben. Dementsprechend beschloss der Stadtrat, eine Ausschreibung und ein Auswahlverfahren durchzuführen, wie es auch bei der Stelle des neuen Umweltdezernenten geschehen ist. Wieder soll eine Kommission eingesetzt werden, die am Ende Personalgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern führt und dem Stadtrat letztendlich eine Empfehlung zur Wahl ausspricht.

Einstimmige Beschlüsse

Erwartungsgemäß folgten zahlreiche Beschlussvorlagen, bei denen es keine Wortmeldungen gab und die alle vom Rat einstimmig beschlossen wurden: so wurde z.B. der Wirtschaftsplan der **filmforum GmbH** genehmigt, die Umschichtung von Zuschussmitteln für die **Zoo gGmbH** beschlossen, zusätzliche 90.000 Euro für die **Stiftung Wilhelm Lehbruck Museum** genehmigt oder die Auszahlung von Landesmitteln zur **Beschaffung von digitaler Ausstattung an Schulen** (Endgeräte) beschlossen.

Ebenso einstimmig wurde die **Einrichtung des neuen Bildungsganges** „Medizintechnik“ am Berufskolleg Mitte- und der Bildungsgang „Binnenschiffahrtskapitän“ am Schiffer-Berufskolleg beschlossen. Auch die neue **Beitragssatzung über die Erhebung von Beiträgen an der offenen Ganztagschule** wurde vom Stadtrat gerne beschlossen, weil demnach bis zum Schuljahr 2025/26 eine komplette Beitragsfreiheit in allen Einkommensgruppen erreicht werden soll.

1. Lesung zur Machbarkeitsstudie „Verlängerung der Osttangente“

Auch wenn die WAZ nach der Ratssitzung titelte „*Hitzige Diskussion zur Osttangente*“, fand diese Debatte nur kurz und äußerst sachlich statt. Vielleicht ist die Überschrift der persönlichen Meinung des Redakteurs zum Thema geschuldet, im Rat jedenfalls wurde nur wenig emotional argumentiert. Die Grünen lasen aus der vorgelegten Studie bereits heraus, dass der Nutzen der neu geplanten Straße (von der Brücke der Solidarität zur Autobahnauffahrt in Homberg-Essenberg) zu gering sei, für diesen ‘besonderen’ Eingriff in die Natur. SPD und Oberbürgermeister betonten, dass mit dieser Studie weder der Baubeschluss noch die Trassenführung festgelegt wären. Auch Alternativen sollen in der jetzt beauftragten weiteren Planung noch geprüft werden. Das Thema soll bis zur nächsten Ratssitzung in allen relevanten Ausschüssen diskutiert werden und wird dem Stadtrat Ende März erneut vorgelegt.

Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und Veränderungssperren

In den folgenden Tagesordnungspunkten beschäftigte sich der Stadtrat mit Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen, die alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden.

Die Stadt ‘schenkt’ der Gebag 4 Grundstücke

An Top 39 folgte eine Beschlussvorlage, die erst am Morgen nach den Fraktionssitzungen veröffentlicht wurde, also von den Fraktionen auch nicht innerhalb ihrer Sitzungen beraten werden konnte. Demnach sollte der Rat zustimmen, dass die Stadt der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gebag 4 Grundstücke im Mercatorviertel im Wert von 4,3 Mio. Euro überschreibt. Mit dieser Einlage soll (wieder einmal) das Eigenkapital der Gebag gestärkt werden. Weiterhin wurde in der Vorlage darauf hingewiesen, dass die Stadt dann weiterhin „Zugriffsmöglichkeiten“ auf diese Grundstücke hat, die sie bei einem Verkauf an private Käufer nicht mehr hätte. Da die Gebag aber nicht damit beauftragt wurde, die Grundstücke zu bebauen, ist davon auszugehen, dass sie ebenfalls wiederum Investoren sucht und die Grundstücke weiterverkaufen wird.

Zudem wurden zur Entwicklung der Flächen von der Stadt bereits Fördermittel eingesetzt, so dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar ist, ob aufgrund rechtlicher Vorgaben eine Rückzahlung erfolgen muss, wenn die Grundstücke in den Besitz der Gebag übergehen. Auf diese erhebliche Rechtsunsicherheit wies FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff ausdrücklich hin. Aus diesem Grund konnten die Freien Demokraten der Vorlage auch nicht zustimmen und enthielten sich (ebenso wie die Fraktion JuDu) der Stimme. Alle anderen Fraktionen sahen hierin kein Problem und stimmten der Vorlage zu.

Erhöhung der Baukosten

In weiteren Tagesordnungspunkten wurde (in 2 Fällen) der Erhöhung von Baukosten zugestimmt. Der Bau des geplanten Bildungszentrums in Marxloh „Campus“ verteuert sich um fast 4,9 Mio. Euro und die städtische Kindertageseinrichtung „Immendal“ in Hochfeld verteuert sich um gut 1 Mio. Euro. Beiden Mehrkosten stimmte der Rat (mangels Alternativen) einstimmig zu.

Anträge und Anfragen der Fraktionen

Ab Top 44 beriet der Stadtrat wieder über Anträge und Anfragen, die die verschiedenen Fraktionen an den Rat bzw. an die Stadtverwaltung gestellt hatten.

Häufig beantragen die Fraktionen (nur) einen Wechsel einzelner Mandatsträger in den Ausschüssen, weil eines ihrer Mitglieder ausgeschieden ist. Diese Anträge werden fast immer einstimmig beschlossen.

Die Grünen beantragten zudem, dass die Stadt zur **Deponieausweisung Lohmannsheide** im Regionalplan eine negative Stellungnahme erarbeiten und die Halde als Deponiestandort ablehnen soll. Die FDP-Fraktion stimmte gegen diesen Antrag, alle anderen Fraktionen stimmten zu. Weiterhin wurde auf Antrag der Grünen einstimmig beschlossen, verschiedenen Tierschutzvereinen ein Budget zukommen zu lassen, mit dem sie **freilaufende Katzen kastrieren** lassen können.

Ein Antrag der Linken, wonach die Stadt Duisburg zu einem „**Zentrum der Solarenergie**“ entwickelt werden solle, wurde mehrheitlich abgelehnt. Nur Linke, Grüne und Tierschutz/DAL stimmten zu. Ebenso erging es einem weiteren Antrag der Linken, wonach bei bedürftigen säumigen Stromkunden, die **Stromschulden** übernommen werden sollen (oder Ratenzahlungen angeboten werden sollen).

FDP-Antrag „Platz der Kinderrechte“ einrichten

Einen schönen Erfolg konnten die Freien Demokraten mit ihrem Antrag erzielen. Sie hatten beantragt, im Stadtgebiet einen „Platz der Kinderrechte“ einzurichten. Die Verwaltung soll zunächst einen geeigneten Ort dafür suchen. Für diesen Antrag gab es (ein wenig überraschend) viel Lob der anderen Fraktionen. Selbst die Verwaltung möchte den Antrag gerne umsetzen und den Kinderschutzbund mit einbeziehen. Nur die Fraktion JuDu fragte, ob für Straßen- und Platzbenennungen nicht eigentlich die Bezirksvertretungen zuständig seien. Letztendlich beschloss der Stadtrat den FDP-Antrag einstimmig.

Resolution gegen Querdenker-Demos

Zuletzt beschloss der Rat noch eine ablehnende Erklärung gegen die wöchentlichen „Querdenker-Spaziergänge“, die von SPD, CDU, Grünen, Linken, FDP und JuDu erarbeitet wurde. Außer der AfD-Fraktion stimmten alle anwesenden Ratsmitglieder dieser Erklärung zu.

Ende um 17:23 Uhr

Um 17:23 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung. Anschließend folgte eine sehr kurze nichtöffentliche Sitzung, über die hier nicht berichtet werden darf.

Die nächste Ratssitzung wird am 31. März 2022 stattfinden. Danach informieren wir Sie wieder gerne über die aktuellen politischen Themen, sowie Stimmungen und Meinungen im Duisburger Stadtrat - aus Sicht der Liberalen.

Bis dahin wünschen Ihnen unsere Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs, Kira Schulze Lohoff, sowie Fraktionsgeschäftsführer Thomas Wolters eine gute Zeit. Bleiben Sie gesund!